

# **Gewalttaten, Zerstörungen und Verwüstungen von Hab und Gut durch die Rote Armee im ehemaligen Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg**

von

Jan Gancewski und Witold Gieszczyński

Die Frage der Stationierung der Roten Armee im Gebiet des ehemaligen Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bisher noch nicht im Rahmen einer soliden wissenschaftlichen Monographie bearbeitet. Bis vor kurzem verhinderten die Einschränkungen der staatlichen Zensur jegliche Beschäftigung mit dieser Thematik. Der Hauptgrund für diese Lage bestand aber in der Zugangssperre für Wissenschaftler zum geheimen Archivmaterial des kommunistischen Sicherheitsapparats. Diese Situation änderte sich erst um 1989/90, nach den politischen Umwälzungen in Polen und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas.

Für die Auswertung der überwältigenden Menge des Materials, das in den Archiven des Instituts für Nationales Gedenken lagert, bedarf es noch ausführlicher Untersuchungen. Allerdings ermöglichen die bereits realisierten Forschungen die Präsentation von Teilergebnissen. Auch der vorliegende Artikel basiert auf amtlichen Dokumenten, die im Archiv Neuer Akten in Warschau (Akten des Ministeriums für Öffentliche Verwaltung und des Ministeriums für Landwirtschaft und Agrarreformen), im Staatsarchiv in Allenstein/Olsztyn (Akten des Amtes des Regierungsbevollmächtigten der Republik Polen für den Masurischen Bezirk und des Wojewodschaftsamtes in Olsztyn) und im Archiv für Nationales Gedenken in Białystok (Akten des Wojewodschaftssicherheitsamtes in Olsztyn) aufbewahrt werden.

Die von Osten her vorrückenden sowjetischen Streitkräfte überschritten am 16. Oktober 1944 die Grenze Ostpreußens und besetzten die Grenzkreise des Regierungsbezirks Gumbinnen; die deutschen Behörden ordneten die Evakuierung der Zivilbevölkerung an. Die Bedrohungsstimmung unter der Bevölkerung Ostpreußens nahm besonders zu, als die Gräueltaten der Rotarmisten an den Bewohnern des Dorfes Nemmensdorf<sup>1</sup> entdeckt wurden. Die nächste Offensive der Roten Armee begann im Winter 1945; einen Teil von ihr stellte die so genannte ostpreußische Operation dar. Streitkräfte der 3. Weißrussischen Front unter Armeegeneral Ivan Černáhovskij rückten am 13. Januar 1945 in nordöstlicher Richtung nach Ostpreußen vor. Einen Tag später griffen die Streitkräfte der 2. Weißrussischen Front unter Marschall Kons-

<sup>1</sup> Vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. 1: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, Teil 1, hrsg. von THEODOR SCHIEDER, Bonn 1955, S. 7 f [Zu Nemmersdorf siehe jedoch auch den Beitrag von BERNHARD FISCH im vorliegenden Heft].

tantin Rokossovskij an. Nach einigen Tagen erbitterter Kämpfe gelang es der Roten Armee, die deutsche Verteidigungslinie zu durchbrechen. Am 22. Januar 1945 besetzte sie Allenstein (heute Olsztyn), und schon am darauf folgenden Tag hatten Einheiten der 5. sowjetischen Panzerarmee Elbing (heute Elbląg) erreicht und waren so zum Frischen Haff gelangt. Damit wurde der deutschen Armeegruppe „Mitte“, die in Ostpreußen kämpfte, der Rückzug über die Weichsel abgeschnitten. In der Folge eroberten die sowjetischen Streitkräfte am 20. März 1945 Braunsberg (heute Braniewo), und neun Tage später zerschlugen sie endgültig die Verbände des deutschen Heeres in der Umgebung von Heilsberg (heute Lidzbark Warmiński)<sup>2</sup>. In späteren Kämpfen nahm die Rote Armee am 09. April Königsberg und am 25. April die Festung und den Kriegshafen Pillau ein. Damit nahmen die intensiven Kampfhandlungen in Ostpreußen ein Ende, auch wenn die letzten Kämpfe in Samland und auf der Frischen sowie der Kurischen Nehrung erst mit der deutschen Kapitulation aufhörten.

Nach der Verschiebung der Front nach Westen wurden die eroberten Gebiete Ostpreußens zunächst von sowjetischen Kommandanturen verwaltet. Diese wurden von Streitkräften der 3. Weißrussischen Front organisiert, welche dieses Territorium als besetztes feindliches Gebiet betrachteten. Ostpreußen war der erste Teil deutschen Kerngebiets, der in die Hände der nach Vergeltung dürstenden Roten Armee geraten war. In Folge dessen waren zahlreiche Gewalttaten und Raubzüge durch „Scharen total betrunkenen“ sowjetischer Soldaten an der Tagesordnung.<sup>3</sup> Zugleich wurden tausende Einwohner dieser Landstriche ins Innere der Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschleppt.<sup>4</sup> Alles wurde nach Osten verbracht, was irgendeinen Wert darstellte – seien es Zuchttiere, Fabrikausrüstungen, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Eisenbahnfahrzeuge, Autos und Autozubehör, nicht selten auch Haushaltsgeräte und alltägliche Gebrauchsgegenstände.<sup>5</sup> Die Verwüstungen betra-

<sup>2</sup> Działania militarne w Prusach Wschodnich [Kampfhandlungen in Ostpreußen], hrsg. von WIESŁAW WRÓBLEWSKI, Warszawa 1998, S. 339.

<sup>3</sup> Vgl. LESZEK BELZYŃ: Między Polską a Niemcami. Weryfikacja narodowościowa i jej następstwa na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1945-1960 [Zwischen Polen und Deutschland. Verifizierung der Nationalitäten und ihre Folgen in Ermland, Masurien und im Weichselland in den Jahren 1945-1960], Toruń 1998, S. 50.

<sup>4</sup> Hier sei hervorgehoben, dass infolge des Drucks von sowjetischer Seite die polnischen Behörden um jeden Preis auch die Personen zur Rückkehr in die Sowjetunion zwingen wollten, die als sowjetische Bürger galten. Es waren in der Regel Zwangsarbeiter, Fahnenflüchtige aus der Roten Armee sowie Kriegsgefangene, die nicht in ihr Land zurück wollten oder konnten aufgrund ihnen drohender Repressalien der sowjetischen Behörden. Mehr dazu bei WITOLD GIESZCZYŃSKI: Akcja wydalania obywateli ZSRR z województwa olsztyńskiego w latach 1946-1950 [Abschiebung der Sowjetbürger aus der Wojewodschaft Allenstein in den Jahren 1946-1950], in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1995, Nr. 4, S. 397-402.

<sup>5</sup> Archiwum Akt Nowych (Archiv Neuer Akten, künftig: AAN) in Warschau, Ministerstwo Administracji Publicznej (Ministerium für Öffentliche Verwaltung, MAP), Sign. 2460, Bericht des Regierungsbevollmächtigten der Republik Polen an der 3.

fen auch viele Wohnhäuser und wirtschaftliche Gebäude, die während der direkten Kämpfe verschont geblieben waren. Nach Schätzungen der Abteilung für Wiederaufbau des Amtes des Bevollmächtigten der Republik Polen für den Masurischen Bezirk wurde festgestellt, dass etwa in Allenstein/Olsztyn 1 040 Gebäude zerstört worden waren, das entsprach 36% der gesamten Stadtbebauung.<sup>6</sup> Tatsächlich wurde jedoch nur ein Teil der Objekte direkt während der Kämpfe zerstört, die anderen fielen Brandstiftungen durch die Rotarmisten bereits in der Zeit unmittelbar nach den Kämpfen zum Opfer.<sup>7</sup> Besonders betroffen war die Altstadt von Olsztyn, die fast völlig verwüstet wurde. Die Zerstörung betraf auch die kommunale Infrastruktur und die meisten Industrieanlagen der Stadt. Beinahe zu 100% wurden viele andere Städte in der Region zerstört, zum Beispiel Ilawa (vorm. Deutsch Eilau) und Nidzica (vorm. Neidenburg).<sup>8</sup>

Obwohl die Einheiten der Roten Armee nicht selten ein großes Problem für die polnische Verwaltung im südlichen Teil des ehem. Ostpreußen darstellten, begannen die Polen, allmählich die politische Macht im Lande zu übernehmen. Die erste organisierte Gruppe von Polen bestand aus 42 Eisenbahnern, die am 19. Februar 1945 in Olsztyn eintrafen. Ihre Aufgabe war es, das Eisenbahnvermögen vor dem Raub durch sowjetische Kräfte zu bewahren.<sup>9</sup> Am 14. März 1945 nahm der polnische Ministerrat eine vorläufige Einteilung der ehemaligen deutschen Gebiete in vier administrative Regionen vor, die nun als Ganzes „wiedergewonnene Gebiete“ genannt wurden. Zum

---

Weißrussischen Front, Oberst Jakub Prawin, an den Ministerpräsidenten der Übergangsregierung vom 23.03.1945; Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina. Wybór dokumentów. 1945 r. [Der Masurische Bezirk in den Berichten Jakub Prawins. Eine Auswahl von Dokumenten aus dem Jahr 1945], hrsg. von TADEUSZ BARYŁA, Olsztyn 1996, Dok. 15, S. 53-55.

<sup>6</sup> Vgl. ANDRZEJ WAKAR: Kronika Olsztyna 1945-1950 [Chronik von Allenstein 1945-1950], Olsztyn 1972, S. 36. Mehr dazu bei STANISŁAW PIECHOCKI: Olsztyn styczeń 1945. Portret miasta [Olsztyn im Januar 1945. Ein Stadtbild], Olsztyn 2000.

<sup>7</sup> Warmiacy i Mazurzy w PRL. Wybór dokumentów. Rok 1945 [Die Bewohner von Ermland und Masuren in der Volksrepublik Polen. Eine Auswahl von Dokumenten, 1945], hrsg. von TADEUSZ BARYŁA, Olsztyn 1994, Dok. 6, S. 9-13. Im Bericht des Olsztynyer Wojewoden vom 09.03.1945 ist u.a. zu lesen: „Die Städte sind größtenteils zerstört. Sie wurden in Brand gesteckt, wie Kriegskommandanten meinen, schon nach ihrer Besetzung durch die Rote Armee, um restliche sich versteckende Deutsche zu vertreiben.“

<sup>8</sup> Ebenda, Dok. 17, S. 29 f.

<sup>9</sup> ANNA SZAPIEL: Łuny nad miastem [Röte über der Stadt], in: Gazeta Olsztyńska, Nr. 42 vom 18./19.02.2006, in der Beilage: Olsztyn dzień po dniu, Nr. 740, S. 1. Czesław Boruń, Eisenbahner, der am 19.02.1945 in Olsztyn eingetroffen war, erinnerte sich so an jene Zeiten: „Wir prüften und überwachten Eisenbahnparks, was nicht leicht war, weil die Rotarmisten auf uns keine Rücksicht nahmen.“ Aus ihren ersten Monaten in Olsztyn prägte sich den Eisenbahnern auch die Grausamkeit der Rotarmisten ein: „Die Russen haben nicht nur niedergebrannt und geraubt, auch ermordet und vergewaltigt. Nach Zeugenberichten waren jeden Tag am Abend schreckliche Schreie von Frauen zu hören. Morgens wurden sie dann tot aufgefunden.“

ersten Bevollmächtigten der Regierung im vierten Bezirk, Prusy Wschodnie (ehem. Ostpreußen), wurde der Vorsitzende der Wojewodschaft Białystok, Jerzy Sztachelski, ernannt; am 30. März 1945 wurde dann nach einem Beschluss des Präsidiums des Landesnationalrates Oberst Jakub Prawin zum Bevollmächtigten der Übergangsregierung für den Masurischen Bezirk mit Sitz in Olsztyn<sup>10</sup> gewählt. Zu seinem Nachfolger wurde Mitte Dezember Zygmunt Robel bestellt, der bereits den Titel des Wojewoden trug. Zunächst umfasste der Masurische Bezirk „Land des so genannten Ostpreußen, von der ehemaligen Grenze der Freien Stadt Danzig, an dem Ostseeufer entlang zur Grenzlinie, die zwischen den Regierungen Polens und der Sowjetunion festgelegt wurde, dann längs dieser Linie bis zu ihrem Berührungspunkt mit der polnischen Staatsgrenze von 1939. [...] Im Süden und Westen verlief die Bezirksgrenze entlang der ehemaligen Grenze des polnischen Staates – bis an die Grenze der ehem. Freien Stadt Danzig.“<sup>11</sup> Der Masurische Bezirk umfasste eine Fläche von ca. 27 000 km<sup>2</sup> und wurde in folgende Kreise eingeteilt: Bartoszyce/Bartenstein, Biskupiec Reszelski/Bischofsburg, Braniewo/Braunsberg, Darkiejmy/Darkehmen (1938-1945 Angerapp), Elbląg/Elbing, Ełk/Lyck, Gierdawy/Gerdauen, Giżycko/Lötzen (Łuczany), Gołdap/Goldap, Iława/Pr. Eylau, Iława/Deutsch Eylau (Susz/Rosenberg i. Westpr.), Kętrzyn/Rastenburg (Rastembork), Kwidzyn/Marienwerder, Lidzbark Warmiński/Heilsberg, Malbork/Marienburg, Morąg/Mohrungen, Mrągowo/Sensburg (Ządzbork), Nidzica/Neidenburg (Nibork), Olecko/Treuburg (Margrabowa), Olsztyn/Allenstein, Ostróda/Osterode, Pasłęk/Pr. Holland, Pisz/Johannesburg (Jańsbork), Szczytno/Ortelsburg, Sztum/Stuhm, Świątomyjsce/Heiligenbeil (Święta Siewiera) und Węgorzewo/Angerburg (Węgobork). Aufgrund eines Beschlusses vom 07. Juli 1945 nahm der Ministerrat eine Korrektur der bisherigen Grenzen des Bezirks vor, indem die Kreise Elbląg, Kwidzyn, Malbork und Sztum der Wojewodschaft Gdańsk und die Kreise Ełk, Gołdap und Olecko der Wojewodschaft Białystok zugeschlagen wurden.<sup>12</sup> Infolge einer späteren für Polen ungünstigen, willkürlichen Verschiebung der Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion wurden nach 1945 im Masurischen Bezirk die Kreise Świątomyjsce, Darkiejmy sowie Gierdawy aufgelöst und ihre auf der polnischen Seite verbliebenen Teile an die Kreise Braniewo, Węgorzewo und Kętrzyn angeschlossen.<sup>13</sup> Diese administrative Einteilung war bis zum 29. Mai 1946

<sup>10</sup> Der bisherige Bezirk IV „Ostpreußen“ wurde in „Masurischer Bezirk“ umbenannt.

<sup>11</sup> Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego in Olsztyn, Handschriftensammlungen, Masurisches Tagebuch des Regierungsbevollmächtigten der Republik Polen, 1945, Nr. 1, Pos. 2, Organisationsstatut des Amtes des Regierungsbevollmächtigten der Republik Polen für den Masurischen Bezirk.

<sup>12</sup> Archiwum Państwowe w Olsztynie (Staatsarchiv Allenstein, künftig: AP Olsztyn), Urząd Pełnomocnika Rządu Rzeczypospolitej Polskiej (Amt des Regierungsbevollmächtigten der Republik Polen für den Masurischen Bezirk, künftig UPR), Sign. 390/60, Abschrift des Beschlusses des Ministerrates vom 07.07.1945.

<sup>13</sup> Okręg Mazurski (wie Anm. 5), Dok. 35, S. 142-144; Dok. 38, S. 158 f.; Dok. 140, S. 172 f.

gültig, als an Stelle des Masurischen Bezirks die Allensteiner Wojewodschaft gegründet wurde.<sup>14</sup>

Nach Beendigung der Kriegshandlungen begann die sowjetische Seite allmählich, die Macht an die polnische Verwaltung zu übergeben. Am 23. Mai 1945 fand aus diesem Anlass in Olsztyn die feierliche Übergabe „der behördlichen Macht an die Polen durch die sowjetischen Behörden statt“.<sup>15</sup> In Anweisungen für die Starosten (Landräte) vom 24. Mai 1945 erklärte Oberst Prawin die Machtübernahme in Olsztyn als für den gesamten Masurischen Bezirk geltend.<sup>16</sup> In der Tat bedeutete dies aber weder die vollständige Übernahme der Macht durch die polnische Verwaltung noch das Ende des Raubs durch die Rote Armee.<sup>17</sup> Hiervon zeugen aussagekräftige Berichte der Behörden des Masurischen Bezirks und der Kreis-Landräte. In einem Bericht vom 11. Juni 1945 teilte Prawin u.a. mit, dass

„weiterhin der Transport von größeren industriellen Anlagen, Kraftwerkanlagen, Gaswerken, Molkereien, Sägewerken usw. stattfindet [...]. Noch Schlimmeres entstand dadurch, dass die Eisenbahnlinie Elbląg – Malbork – Kwidzyn samt Abzweigungen von den Russen abgebaut wurde. Darüber hinaus wurden auch Gleise auf den folgenden Strecken demontiert und in die Sowjetunion gebracht: Bergfriede – Usdau, Ostróda – Hohenstein, Morąg – Liebemühl, Lidzbark – Rothfliess, Lidzbark – Bischofsburg, Lidzbark – Orneta, Lidzbark – Zinten und je ein Gleis auf den zweispurigen Linien Rastembork – Łuczany und Łuczany – Elk. Ferner wurden Lokomotiven und Waggons sowjetisch überbemalt und in die Sowjetunion überführt. Dasselbe Schicksal betraf auch Bahnstationsanlagen.“<sup>18</sup>

Aus den von Prawin übermittelten Informationen geht hervor, dass von der gesamten Bahnstrecke im Bahnbezirk Olsztyn, die 2 894,47 km betrug, die sowjetischen Militärs bis Mitte 1945 Schienen auf einer Länge von 1 780,79 km demontiert hatten.<sup>19</sup> Am 21. Juli 1945 erging der Beschluss Nr. 9354 des Staatsverteidigungskomitees, wonach sich die sowjetischen Truppen zur Übergabe aller Industrieanlagen an die polnischen Behörden bis 15. August 1945 verpflichteten, die nicht bereits demontiert und nach Osten abtrans-

<sup>14</sup> Dziennik Ustaw RP [Gesetzblatt der Republik Polen], Nr. 28, Pos. 177. Verfügung des Ministerrats vom 29.05.1946 über die vorläufige administrative Aufteilung der wiedergewonnenen Gebiete.

<sup>15</sup> Okręg Mazurski (wie Anm. 5), Dok. 21, S. 65 f.

<sup>16</sup> Ebenda, S. XVI.

<sup>17</sup> Mehr dazu in: WITOLD GIESZCZYŃSKI: Zniszczenia i grabież mienia, dokonane przez Armię Czerwoną w byłych Prusach Wschodnich w latach 1945-1946 (na podstawie materiałów archiwalnych) [Zerstörungen und Raub von Hab und Gut durch die Rote Armee im ehem. Ostpreußen von 1945-1946 (aufgrund von Archivmaterial)], in: Ziemie Odzyskane pod wojskową administracją radziecką po II wojnie światowej, hrsg. von STANISŁAW ŁACHA, Słupsk 2000, S. 291-299.

<sup>18</sup> AAN, MAP, Sign. 2457, Bericht des Regierungsbevollmächtigen der Republik Polen für den Masurischen Bezirk, Oberst Jakub Prawin, an das MAP vom 11.06.1945.

<sup>19</sup> Ebenda, Bericht des Regierungsbevollmächtigen der Republik Polen für den Masurischen Bezirk, Oberst Jakub Prawin, an das MAP vom 13.08.1945.

portiert worden waren. Dieses Abkommen, und auch das vom 16. August 1945, in dem die Sowjetunion zugunsten Polens auf alle ehemaligen deutschen Güter verzichtete, wurden aber von der sowjetischen Seite nicht eingehalten. Auch nachdem am 14. September 1945 ein erneuter polnisch-sowjetischer Vertrag geschlossen worden war, dauerte die Demontage von Industrieanlagen aus dem Masurischen Bezirk an.

Die Rote Armee begann zwar, große ehemalige deutsche Landgüter an die polnische Seite zu übergeben, die von ihr Anfang 1945 besetzt worden waren. Lebendes Inventar war jedoch inzwischen in die Sowjetunion gebracht oder für die Bedürfnisse der Armee genutzt worden. Wie Berichten aus dem Kreis Węgorzewo zu entnehmen ist, haben darüber hinaus die sowjetischen Streitkräfte auch „landwirtschaftliche Maschinen und anderes Gerät aus allen Landwirtschaften, unabhängig, ob sie von Siedlern besetzt oder ehemalige Gutsbesitzer waren, geraubt“.<sup>20</sup>

Zudem wurde ein großer Teil der Wirtschaftsgebäude und Wohnhäuser zerstört. Laut der Vereinbarung vom 08. Oktober 1945 zwischen Polen und der Sowjetunion wurden den sowjetischen Militäreinheiten, die im Masurischen Bezirk stationiert waren, vorübergehend 28 Landwirtschaften mit einer Fläche von 5 400 ha zur Verfügung gestellt; alle sonstigen sollten hingegen spätestens bis zum 20. Oktober 1945 an die polnische Seite übergeben werden.<sup>21</sup> Von Beginn an zögerte aber die sowjetische Seite diesen Prozess hinaus, weshalb die Bemühungen der polnischen Regierung, die Übergabe zu erreichen, kaum von Erfolg gekrönt waren: Nach Angaben vom 15. März 1946 hatten die sowjetischen Militäreinheiten noch 114 Landgüter mit einer Gesamtfläche von 67 413 ha in Besitz.<sup>22</sup> Auch auf Höfen, die formell bereits an die polnischen Behörden übergeben worden waren, stationierte das sowjetische Militär weiter seine Angehörigen; Interventionen und Bitten der lokalen Behörden blieben überwiegend erfolglos.<sup>23</sup> Um diese Frage endgültig zu regeln, wurde am 26. April 1946 ein neues Abkommen unterzeichnet, nach dem die sowjetischen Einheiten, die im Masurischen Bezirk stationiert waren, 23 Grundbesitztümer mit insgesamt 7 100 ha Ackerland, 11 000 ha Wiesen und 2 400 ha Weiden zu übergeben hatten, die in den Kreisen Morąg, Nidzica, Ostróda,

<sup>20</sup> AP Olsztyn, UPR, Sign. 390/71, Schreiben des Starosten aus Węgorzewo, Witold Rogowski, an den Regierungsbevollmächtigten der der Republik Polen, Oberst Jakub Prawin, vom 19.07.1945.

<sup>21</sup> AP Olsztyn, Urząd Wojewódzki (Wojewodschaftsamt, UW) in Olsztyn, Sign. 391/ 2124. Polnisch-sowjetisches Abkommen vom 08.10.1945, unterzeichnet von Gen.-Leutnant Fieofan Łagunow und dem Vizeministerpräsidenten und Minister für Landwirtschaft und agrarische Reformen der polnischen Übergangsregierung, Stanisław Mikołajczyk.

<sup>22</sup> Ebenda, Bericht über die Aktion der Übernahme von Großgrundbesitz von der Roten Armee, laut dem internationalen Abkommen vom 08.10.1945 (Stand zum 15.03.1946).

<sup>23</sup> Ebenda, Schreiben des Vorsitzenden des Wojewodschaftslandsamtes in Olsztyn an den Minister für Landwirtschaft und agrarische Reformen vom 20.03.1946.

Pasłęk und Susz lagen.<sup>24</sup> In den durch die sowjetische Armee verwalteten Landwirtschaften wurden oft deutsche Arbeitskräfte eingesetzt, zahlenmäßig lässt sich diese Gruppe aber heute nicht mehr erfassen.<sup>25</sup> Die letzten Landwirtschaften in der Wojewodschaft Olsztyn wurden von der Roten Armee erst 1948 an Polen übergeben.

Nach Bildung der Nordgruppe der Sowjetarmee am 03. Juni 1945 stieg die Zahl der sowjetischen Streitkräfte im Masurischen Bezirk zeitweise. Dadurch verschlechterte sich auch die Sicherheitslage in der Region. Mit dem Rückmarsch der sowjetischen Armee nach Osten „streiften zahlreiche Nachzügler herum, die Raubüberfälle, Vergewaltigungen von Frauen und Diebstähle verübten. Die polnische Bevölkerung wurde manchmal zur Arbeit fürs Militär gezwungen. Es passierten auch Fälle von Misshandlungen und Tötungen polnischer Siedler.“<sup>26</sup> Dies wurde in Meldungen und Berichten lokaler Organe der Sicherheitsbehörden bestätigt, die beim Wojewodschaftsamt für Öffentliche Sicherheit (*Wojewódzki Urząd Bezpieczeństwa Publicznego*, WUBP) in Olsztyn eingingen. Im Dekadenbericht des WUBP für den Zeitraum vom 19.-29. September 1945 wurde u.a. über „willkürliches Wegbringen von Holz aus Sägewerken, Terrorisieren und Berauben von Forstleuten“ berichtet.<sup>27</sup> Zugleich wurde informiert:

„Aus den Kreissicherheitsämtern laufen viele Meldungen ein, dass sowjetische Militärs die Siedler ihres Viehs und Inventars und sogar ihrer Garderobe berauben, wodurch eine ungünstige Stimmung unter den Siedlern hervorgerufen wird. Letztere tendieren aufgrund der Umstände dazu, ihre Landgüter aufzugeben und nach Zentralpolen zurückzukehren.“<sup>28</sup>

So wuchs die Abneigung der Bevölkerung gegen sowjetische Soldaten. In einem Bericht aus dem Kreis Szczytno ist u.a. Folgendes zu lesen:

„Von der polnischen Seite erhalten wir immer wieder Klagen über Diebstähle, Raub und Vergewaltigungen durch die im Kreis stationierten sowjetischen Militärs. Es wurden letzters solche Fälle registriert, dass Siedler, die sich gegen den Raub ihres

<sup>24</sup> Ebenda, polnisch-sowjetisches Abkommen vom 26.04.1946 zwischen Gen.-Major I.S. Timčenko und dem Vizeministerpräsidenten Stanisław Mikołajczyk.

<sup>25</sup> AP Olsztyn, UW, Sign. 391/272, Bericht des Kreisstarosten in Bartoszyce vom 02.01.1948.

<sup>26</sup> Okręg Mazurski (wie Anm. 5), Dok. 34, S. 131-137.

<sup>27</sup> Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Białymstoku (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken, Filiale in Białystok, künftig: AIPN Bi), Sign. 84/19, Dekadenbericht des WUBP in Olsztyn an den Minister für Öffentliche Sicherheit für den Zeitraum vom 19.-29.09.1945; vgl. ebenda, Dekadenbericht des WUBP in Olsztyn an den Minister für Öffentliche Sicherheit für den Zeitraum vom 29.-9.10.1945; hier die Information, dass am 27.09.1945 vier Autos mit sowjetischen Militärs im Sägewerk eingetroffen sind. „Die Soldaten haben den Werkschutz des Betriebs terrorisiert und Sägemaschinen verschleppt.“

<sup>28</sup> AIPN Bi, Sign. 084/19, Dekadenbericht des WUBP in Olsztyn an das MAP für den Zeitraum vom 19.-20.11.1945.

Hab und Guts zur Wehr setzten, erschossen wurden oder dass Mädchen in Anwesenheit ihrer Eltern von Militärs vergewaltigt wurden.“<sup>29</sup>

Auf die von den Rotarmisten ausgehende Gefahr machte auch der Leiter der Besiedlungsabteilung im Amt des Regierungsbevollmächtigten der Republik Polen für den Masurischen Bezirk, Lucjusz Dura, aufmerksam:

„Sowohl Nachzügler der Sowjetarmee als auch kleinere Truppen, die in Städten und in Siedlungen stationiert waren, beachten die Verordnungen der höheren sowjetischen Militärbehörden und der polnischen Verwaltung nicht, und mit ihrem unzulässigen Verhalten zerstören sie die wirtschaftliche Leistung der Siedler und legen so die ganze Siedlungsaktion lahm. Andauernde Unruhe unter den Siedlern, Raub und Überfälle wirkten sich entmutigend auf jegliche Arbeiten an der Bewirtschaftung des Landes und der Städte aus.“<sup>30</sup>

In einem Bericht des Leiters des Kreisamtes für Öffentliche Sicherheit (*Powiatowy Urząd Bezpieczeństwa Publicznego*, PUBP) in Mragowo vom 07. September 1945 ist zu lesen: „Es sind Meldungen eingegangen, dass sowjetische Militärs die polnische Bevölkerung überfallen und dann Vieh und Pferde nach Russland verschleppen.“<sup>31</sup> Ähnlich war es auch im Kreis Bartoszyce, wo „die Rotarmisten oft die polnische und die deutsche Bevölkerung überfallen und ihr Eigentum rauben“.<sup>32</sup> Wie bedeutend und dringend das Problem der zahlreichen Übergriffe durch Angehörige der sowjetischen Armee war, belegt auch der Bericht des damaligen Leiters des Wojewodschaftssicherheitsamtes in Olsztyn, Hauptmann Henryk Pałka, der meldete, dass „diese Gruppen im gesamten Gebiet des Masurischen Bezirks plündern, alles rauben und sogar töten“.<sup>33</sup>

Auch die polnische Miliz war weitgehend machtlos, wie aus Meldungen des Kreiskommandanten der Volksmiliz in Bartoszyce hervorgeht: „Die Rotarmisten überfallen Wohnungen (vorwiegend im deutschen Stadtteil), die sie danach zerstören. Wenn sich die Miliz zugunsten der Geschädigten einsetzt und entsprechend reagiert, drohen ihr die Soldaten auf brutalste Weise.“<sup>34</sup>

Im Übrigen wurde im Lagebericht vom 30. November 1945 bestätigt, dass „Militäreinheiten der Roten Armee eine ausgesprochen destruktive Rolle im Prozess der Stabilisierung des Lebens im Gebiet unseres Kreises spielen, da

<sup>29</sup> AP Olsztyn, UPR, Sign. 390/57, Bericht des Starosten aus Szczytno, Walter Późny, an den Regierungsbevollmächtigten der Republik Polen im Masurischen Bezirk, Oberst Jakub Prawin, vom 07.08.1945.

<sup>30</sup> AAN, MAP, Sign. 2457, Bericht des Leiters der Besiedlungsabteilung des UPR für den Masurischen Bezirk, Lucjusz Dura, für den Zeitraum bis 01.09.1945.

<sup>31</sup> AIPN Bi, Sign. 084/35, Bericht des Leiters des PUBP in Mragowo vom 07.09.1945.

<sup>32</sup> AIPN Bi, Sign. 106/8, Dekadenbericht des Kreiskommandanten der Volksmiliz in Bartoszyce vom 21.09.1945.

<sup>33</sup> AIPN Bi, Sign. 084/1, Dekadenbericht des Leiters des WUBP in Olsztyn, Hauptmann Pałka, an den Minister für Öffentliche Sicherheit für den Zeitraum vom 29.09-09.10.1945.

<sup>34</sup> AIPN Bi, Sign. 106/8, Dekadenmeldung des Kreiskommandanten der Volksmiliz in Bartoszyce vom 11.09.1945.

sie zahlreiche Einbrüche, Diebstähle und Überfälle auf die Einwohner verüben“.<sup>35</sup> Nicht besser war es auch in anderen Kreisen des Masurischen Bezirks, wobei hervorzuheben ist, dass die Schädigungen gerade von herumstreifenden Gruppen von Nachzüglern und Fahnenflüchtigen aus der Roten Armee ausgingen. Nicht selten waren es schlicht Kriminelle, die „Raubüberfälle verüben und sich als Banditen betätigen“.<sup>36</sup> Aus dem Bericht des Leiters des Kreisamtes für die Öffentliche Sicherheit vom 24. November 1945 geht hervor, dass in den Gemeinden Rańsk und Kobuły, an der Grenze zum Kreis Mragowo, sowjetische Soldaten willkürlich die masurische Bevölkerung und polnische Siedler beraubten. „Sie nehmen ihnen Heu, Stroh, Kartoffeln und anderes Gut weg, schlechthin alles, was ihnen in die Hände fällt.“<sup>37</sup> Zugleich unterstrich der Starost aus Szczytno, Walter Późny, „eine beträchtliche Anzahl von Nachzüglern sowie Militärs ohne bestimmte Zugehörigkeit, die sich also nicht einordnen lassen, begeht Missbräuche wie etwa rechtswidrige Beschlagnahmen von Getreide, Wegbringen von lebendem Inventar, Raub von Vermögen und Vergewaltigungen“.<sup>38</sup>

Wie erwähnt, haben sich die anhaltenden Raubüberfälle und Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten sehr nachteilig auf den Verlauf der Besiedlungsaktion im untersuchten Gebiet ausgewirkt. Darauf wies auch der Starost von Reszel (ehem. Röbel), Stanisław Watras, in seinem Bericht vom 05. September 1945 hin, in dem er mitteilte:

„Angesichts des mangelnden Schutzes und der rapiden Verschlechterung der Sicherheitsverhältnisse wegen zahlreicher Raubüberfälle und Vergewaltigungen der Frauen durch sowjetische Militärs verlässt die Dorfbevölkerung massenhaft ihre Bauernhöfe und kehrt nach Zentralpolen zurück. In manchen Regionen sind sogar bis zu 60% aller bisherigen Bewohner geflüchtet.“<sup>39</sup>

Dies wurde durch andere Meldungen bestätigt, in denen es häufiger hieß, „die Siedler wollen ihr Gebiet bereits wieder verlassen“.<sup>40</sup> Ähnlich die Situation im Dorf Pręgowo (ehem. Prangenau) im Kreis Kętrzyn, wo „jede Nacht die Rotarmisten bewaffnet mit Maschinenpistolen eintreffen und Bauernhöfe plündern“.<sup>41</sup> Die dramatische Lage in diesem Kreis schilderte auch der Leiter des Kreislandsamtes in Kętrzyn:

„Es gibt hier fast keine Sicherheit mehr; einzelne Lastwagen mit bewaffneten Rotarmisten fahren an Landgüter und Siedlungen heran, terrorisieren die Bevölkerung, laden deren Kühe und Pferde auf Fahrzeuge und entfernen sich in unbe-

<sup>35</sup> AIPN Bi, Sign. 106/8, Lagebericht des Kreiskommandanten der Volksmiliz in Bartoszyce vom 30.11.1945.

<sup>36</sup> Vgl. WALDEMAR BRENDA: O Armii Czerwonej na Warmii i Mazurach [Die Rote Armee in Ermland und Masuren], in: Znad Pisy 2002, Nr. 11, S. 138.

<sup>37</sup> AIPN Bi, Sign. 084/187, Bericht des Leiters des PUBP in Szczytno vom 24.11.1945.

<sup>38</sup> Warmiaczy i Mazurzy w PRL (wie Anm. 7), Dok. 77, S. 130 f.

<sup>39</sup> Ebenda, Dok. 49, S. 66-70.

<sup>40</sup> AIPN Bi, Sign. 084/380, Meldung des Schultheißen der Gemeinde Pilec vom 30.11.1945.

<sup>41</sup> AIPN Bi, Sign. 084/380, Mitteilung an das PUBP in Kętrzyn vom 04.12.1945.

kannter Richtung. Das Bewegen auf Straßen und lokalen Wegen wird beinahe unmöglich. Fast jeder Pferdewagen auf Straßen oder Wegen wird angehalten, Menschen werden allen Gutes beraubt und Pferde verschleppt. [...] Die Verwaltung und Zivilbevölkerung ist wehrlos, polnische Sicherheitskräfte und Volksmiliz ratlos gegenüber der Brutalität dieser Überfälle. Es wird aufgrund dessen der massenhafte Rückzug der Siedler in die Städte und das Verlassen von Landwirtschaften festgestellt. Falls diese schwierige Lage länger andauert, droht die gesamte Besiedlungsaktion zu scheitern.“<sup>42</sup>

Aus dem Dekadenbericht des Leiters des Kreisamtes für Öffentliche Sicherheit in Morąg für den Zeitraum vom 17. bis 27.12.1945 geht hervor, dass in dem genannten Zeitraum drei Raubüberfälle durch Soldaten der Roten Armee auf polnische Siedler verzeichnet wurden.<sup>43</sup> Am 26. September 1945 überfielen in Nidzica sowjetische Soldaten polnische Familien, die repatriert werden sollten und am Bahnhof auf den Zug warteten.<sup>44</sup> Die schikanierte polnische Bevölkerung appellierte mehrmals an die polnischen Organe, die Überfälle der Rotarmisten einzudämmen, aber die Möglichkeiten der Behörden waren in dieser Hinsicht sehr begrenzt.<sup>45</sup> In einem Bericht über die Sicherheitslage im Masurischen Bezirk im Jahr 1945 wurde betont, dass die lokale Sicherheit überall dort zunehme, „wo Truppen und Einheiten der Roten Armee die jeweiligen Gebiete verließen und andersherum – sie verringert sich, wo noch sowjetische Militärs stationiert werden oder auf dem Durchmarsch sind.“<sup>46</sup> In einem anderen Teil des gleichen Dokuments wurde darauf hingewiesen, „Raubüberfälle, Vergewaltigungen und Morde, die durch Einheiten und Truppen der Roten Armee verübt wurden, nehmen derartige

<sup>42</sup> AAN, Ministerstwo Rolnictwa i Reform Rolnych (Ministerium für Landwirtschaft und Agrarische Reformen, MRiRR), Sign. 3112, Schreiben des Leiters des Kreislandsamtes in Ketrzyn, S. Siciński, an den Vorsitzenden des Wojewodschaftslandsamtes in Olsztyn vom 16.02.1946.

<sup>43</sup> AIPN Bi, Sign. 084/390/1, Dekadenbericht des Leiters des PUBP in Morąg vom 27.12.1945.

<sup>44</sup> AIPN Bi, Sign. 120/28, Lagebericht der Kreiskommandantur der Volksmiliz in Nidzica an die Wojewodschaftskommandantur der Volksmiliz in Olsztyn vom 29.11.1945.

<sup>45</sup> Warmiacy i Mazurzy w PRL (wie Anm. 7), Dok. 49, S. 66-70. In seinem Lagebericht vom 05.09.1945 informierte der Starost von Reszel, Stanisław Watras, „Fälle von Raubüberfällen sowohl auf Einheimische als auch auf Siedler nehmen erschreckend zu. Auch Stadteinwohner leiden darunter. Verstöße werden vor allem von Soldaten der Roten Armee begangen. Interventionen bei den örtlichen Kriegskommandanten bleiben erfolglos, weil sie meinen, sie haben keine Zuständigkeiten gegenüber den durchmarschierenden Truppen. Ferner erschweren der Personalwechsel in den Kommandanturen in den letzten Tagen und die räumliche Verteilung der Garnisonen die Verständigung mit den zuständigen Kriegskommandanten. Nach einer verübten Straftat, auch kurz danach, ist eine Intervention überhaupt nicht mehr sinnvoll.“ Vgl. AIPN Bi, Sign. 084/227, Bericht des Leiters des PUBP in Olsztyn, Leutnant Piekarczyk, für den Zeitraum vom 17.-27.12.1945.

<sup>46</sup> AP Olsztyn, UPR, Sign. 390/76, Bericht des Amtes des Regierungsbevollmächtigten der Republik Polen über die Sicherheitslage 1945 im Masurischen Bezirk.

Dimensionen an, dass die terrorisierte Bevölkerung in großer Zahl ihre Wohnorte verlässt, wie es etwa in den Kreisen Pasłęk (ehem. Pr. Holland), Susz (ehem. Rosenberg) oder in anderen Kreisen des Bezirks der Fall ist.<sup>47</sup> Die destabilisierende Auswirkung der Raubüberfälle und Vergewaltigungen durch die Rote Armee auf den Alltag der Bewohner des Masurischen Bezirks wurde auch vom Besiedlungsreferenten des Staatslandsamtes konstatiert, der am 18. Dezember 1945 abgeordnet wurde, um

„200 Familien in der Gemeinde Alt-Christburg<sup>48</sup> anzusiedeln. [...] Um 19 Uhr wurde dort das Haus, wo wir übernachten wollten, von ca. 20 Soldaten der Roten Armee überfallen, mit der Absicht zu rauben. Nach dem Eindringen in die Wohnung haben sie ein Dutzend Schüsse abgegeben. So wurden wir zur Flucht durch ein Fenster gezwungen. Und die Rotarmisten nahmen uns dann unter Beschuss.“<sup>49</sup>

Die Ortskundigen meinten, derartige Überfälle stünden auf der Tagesordnung. Auch im Kreis Łuczany feuerten am 20. Dezember 1945 sowjetische Soldaten einige Brandgeschosse auf den Bauernhof von Józef P. ab, so dass dieser völlig herunterbrannte.<sup>50</sup> Am 9. Dezember 1945 setzten „Sowjets im Dorf Ogonki an der Straße ein Wohnhaus in Brand, das vollends niedergebrannt ist“.<sup>51</sup> „Im Kreis Nibork (ehem. Neidenburg) wurde auf der Straße zwischen Mława und Nidzica<sup>52</sup> ein Auto der polnischen Armee von Rotarmisten beschossen, und ein Bürger, Brudziński Antoni aus Staroźreby, Kreis Płock, kam ums Leben.“<sup>53</sup> Im Dezember 1945 wurden in Węgorzewo „zwei Wohnhäuser abgebrannt. Die Ursache des einen Brandes wurde nicht festgestellt; beim zweiten hingegen ging es um vorsätzliche Brandstiftung durch sowjetische Soldaten, die zunächst die Hausbewohner vollends beraubt hatten.“<sup>54</sup> Es sei hervorgehoben, dass sich Raubüberfälle und Vergewaltigungen der Rotarmisten in erheblichem Maße auch auf die deutsche Bevölkerung ausdehnten, die nach dem Potsdamer Abkommen über die Oder umgesiedelt werden sollte.<sup>55</sup>

<sup>47</sup> Ebenda.

<sup>48</sup> Alt-Christburg ist der frühere Name für die Gemeinde Stary Dzierzgoń, Kreis Morąg.

<sup>49</sup> AP Olsztyn, UPR, Sign. 390/76, Bericht des Besiedlungsreferenten, J. Grysk, an das Kreislandsamt in Morąg vom Januar 1946.

<sup>50</sup> Ebenda. Schreiben des Kreisstarosten in Łuczany an den Regierungsbevollmächtigten der Republik Polen für den Masurischen Bezirk vom 24.12.1945.

<sup>51</sup> Ebenda. Schreiben des Kreisstarosten in Węgorzewo an die sozial-politische Abteilung des UPR in Olsztyn vom 08.01.1946.

<sup>52</sup> Nibork ist ein anderer polnischer Name für Nidzica.

<sup>53</sup> AIPN Bi, Sign. 120/28, Lagebericht der Kreiskommandantur der Volksmiliz in Nidzica an die Wojewodschaftskommandantur der Volksmiliz in Olsztyn für den Zeitraum vom 05.11.-15.11.1945.

<sup>54</sup> AP Olsztyn, Sign. 390/76, Schreiben des Kreisstarosten in Węgorzewo an die sozial-politische Abteilung des UPR in Olsztyn vom 08.01.1946.

<sup>55</sup> Mehr zu diesem Thema bei ANDRZEJ SAKSON: Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach 1945-1997 [Nationale Verhältnisse in Ermland und Masuren, 1945-1997], Poznań 1998, S. 50-79; WITOLD GIESZCZYŃSKI: Państwowy Urząd Repatriacyjny w

Ein anderes Problem stellte die Übernahme der ehemaligen deutschen Kasernen durch das polnische Militär aus der Hand der Roten Armee dar. Trotz der Zusicherungen des sowjetischen Kommandos, diese Objekte unversehrt an die polnische Seite zu übergeben, war das in der Praxis nur selten der Fall. Vorwiegend befanden sich die übergebenen Kasernen in schlechtem Zustand. Informationen darüber sind in einem Bericht des Starosten von Szczytno zu finden, wo die Rede davon ist, dass die von der Roten Armee verlassenen Wohnungen „einer größeren Instandsetzung bedürfen, weil sie verwüstet wurden. Letztens hätten die sowjetischen Militärs beim Verlassen des Kommandantur- und Panzerregimentkommandogebäudes die Fensterscheiben und Türfüllungen zerbrochen, Treppengeländer, die Zentralheizung und die Wasserleitungen ruiniert.“<sup>56</sup> Auch beim Verlassen von Giżycko durch die sowjetischen Militäreinheiten wurden öfters Fälle von vorsätzlicher Zerstörung registriert.

„So etwa am 10.12.1945, als Feuer in einem Gebäude in der Gen.-Dąbrowskiego-Straße in Łuczany ausbrach, wo ein sowjetisches Militärkrankenhaus untergebracht war. [...] Zuschauende sowjetische Soldaten wollten nicht beim Feuerlöschen mithelfen und erwiderten sogar lachend: ‚Sollen wir es vielleicht euch [Polen] überlassen?‘ Und sie drohten, dass sie alles niederbrennen und für die Polen nur Trümmer hinterlassen würden. Wie einige Deutsche berichteten, die sich gerade in diesem Haus befanden, als es die Soldaten verließen, wurde der Brand vorsätzlich gelegt. Ähnliches passierte wieder am nächsten Tag, als in der sowjetischen Kommandantur beim Verlassen des Standortes diese total demoliert wurde, indem Scheiben und Türfüllungen innerhalb des Gebäudes eingeschlagen wurden. Das gleiche Schicksal wurde auch anderen Kasernengebäuden zuteil.“<sup>57</sup>

Im ersten Halbjahr 1946 verringerte sich die Anzahl der durch Rotarmisten begangenen Verbrechen im Gebiet des Masurischen Bezirks nicht wesentlich.<sup>58</sup> Nicht selten wurden auch besonders schwere Delikte verübt. So wurde

---

osadnictwie na Warmii i Mazurach (1945-1950) [Das Repatriierungsamt bei der Besiedlungsaktion in Ermland und Masuren], Olsztyn 1999, S. 51-65; BERNADETTA NITSCHKE: *Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945-1949* [Ausiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen in den Jahren 1945-1949], Zielona Góra 1999; „Nasza ojczyzna stała się dla nas obcym państwem...“ Niemcy w Polsce 1945-1950. Wybór dokumentów. Bd. 1: Władze i instytucje centralne. Województwo olsztyńskie, hrsg. von WŁODZIMIERZ BORODZIEJ und HANS LEMBERG, bearb. von WŁODZIMIERZ BORODZIEJ und CLAUDIA KRAFT, Warszawa 2000. Die deutsche Ausgabe erschien unter dem Titel: „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“ Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven. Bd. 1: Zentrale Behörden, Wojewodschaft Allenstein, Marburg 2000.

<sup>56</sup> AP Olsztyn UPR, Sign. 390/57, Bericht des Starosten von Szczytno, Walter Późny, an den Regierungsbevollmächtigten der Republik Polen für den Masurischen Bezirk, Oberst Jakub Prawin, vom 05.10.1945.

<sup>57</sup> AP Olsztyn, UPR, Sign. 390/71, Sonderbericht des Kreiskommandanten der Volksmiliz in Giżycko, Leutnant Osenkowski, vom 11.12.1945.

<sup>58</sup> Erst in der zweiten Hälfte 1946 hat sich die Häufigkeit der Verbrechen beträchtlich verringert. Insgesamt sind 1946 beim Departement für Inspektion des Ministeriums für

im Januar 1946 eine Mitarbeiterin des Epidemiologischen Instituts in Bartoszyce, die 36-jährige Cezaria Ł., „von sowjetischen Soldaten aus einer Autokolonne verschleppt, ca. 25 km hinter der Stadt ihres Geldes (500 Złoty) und ihrer Kleidung beraubt, geschlagen und danach von etwa 30 Soldaten vergewaltigt. Ferner wurde sie am rechten Bein angeschossen.“<sup>59</sup> Ein ähnlicher Fall passierte im Dorf Likuzy im Kreis Olsztyn, wo sowjetische Soldaten am 15. April 1946 die 73-jährige Maria L. überfielen, beraubten, schlugen und vergewaltigten.<sup>60</sup> Ein anderes Mal haben Rotarmisten, die im Dorf Sławkowo, Kreis Ostróda, stationiert waren, deutsche Arbeiterinnen, die im Landgut Ruskowo, Gemeinde Dąbrówno, beschäftigt waren, vergewaltigt.<sup>61</sup>

Auch meldete der Starost von Ostróda, dass im Gebiet der Gemeinde Miłomłyn (ehem. Liebemühl)

„Unmögliches passiert, wie Diebstähle, Raubüberfälle und andere Ausschreitungen der sowjetischen Soldaten. Bewohner dieser Gemeinde sind unterschiedlichen Übeln und sogar der Tötung ausgesetzt. Sie machen immer wieder darauf aufmerksam und versichern, würde es noch länger so andauern, verließen sie ihre Bauernhöfe.“<sup>62</sup>

In der Tat ereigneten sich noch mehr Überfälle auf polnische Siedler. Hier- von zeugen Berichte aus einzelnen Kreisen des Masurischen Bezirks.<sup>63</sup> Die Täter bekamen in den meisten Fällen keine Strafe. Darauf wies der damalige Leiter der Sozialpolitischen Abteilung im Amt des Regierungsbevollmächtigten hin, der bei seiner Analyse der Gesamtlage im Masurischen Bezirk betonte, dass „marodierende, irreguläre Angehörige der Roten Armee, die mobil in Autos unterwegs sind, sich ganz willkürlich verhalten, weil sie auf frischer Tat nicht zu ertappen sind“. Unverzüglich nach Eingang einer Überfallmeldung intervenierte die Abteilung bei Major Jołkin, dem Vertreter von Marschall Rokossovskij<sup>64</sup>, aber in der Regel blieb das ohne Erfolg. So ge-

---

die Wiedergewonnenen Gebiete 54 Meldungen von Verbrechen sowjetischer Soldaten in der Wojewodschaft Olsztyn eingegangen. Vgl. MARIUSZ LEŚLAW KROGULSKI: *Okupacja w imię sojuszu. Armia Radziecka w Polsce 1944-1956* [Besetzung im Namen des Bündnisses. Die Rote Armee in Polen von 1944-1956], Warszawa 2000, S. 214 f.

<sup>59</sup> AP Olsztyn, UPR, Sign. 390/76, Bericht des Leiters des Epidemiologischen Instituts im Kreis Bartoszyce an das Außergewöhnliche Kommissariat für die Bekämpfung von Epidemien in Olsztyn vom 27.01.1946.

<sup>60</sup> AP Olsztyn, UW, Sign. 391/288, Schreiben des Starosten des Kreises Olsztyn, Hauptmann Julian Domini, an die Sozialpolitische Abteilung des UW in Olsztyn vom 17.04.1946.

<sup>61</sup> AP Olsztyn, Sign. 390/76, Schreiben des Kreisstarosten in Ostróda, Tadeusz Raczynski, vom 04.02.1946.

<sup>62</sup> Ebenda, Schreiben des Kreisstarosten in Ostróda, Tadeusz Raczynski, vom 30.03.1946.

<sup>63</sup> AIPN Bi, Sign. 084/390/1, Dekadenbericht des PUBP in Morąg vom 05.01.1946; Bericht des Kreisstarosten in Susz, Edmund Ligocki, vom 16.02.1946; Bericht des Starosten in Reszel, Stanisław Wiatras, vom 09.03.1946.

<sup>64</sup> AP Olsztyn, UPR, Sign. 390/76, Schreiben des stellvertretenden Leiters der Sozialpolitischen Abteilung des UPR, Władysław Wach, an die Politische Abteilung des MAP vom 03.01.1946.

schah es am 19. März 1946 sogar, dass „ein polnischer Milizionär aus der Gemeinde Berławsk, Michał K., auf Wache sich drei sowjetischen Angreifern widersetzte und deswegen von ihnen an Ort und Stelle erschossen wurde“.<sup>65</sup>

Viele Raubüberfälle und Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten wurden offenbar unter Alkoholeinwirkung verübt. Im Bericht des Wojewoden in Warschau, Stanisław Mazur, vom 09. März 1945 über die Inspektion des Kreises Działdowo und des südlichen Teils des ehemaligen Ostpreußens steht, dass „betrunkene Soldaten bei Nacht in ein Haus in Działdowo eindringen und alle dort befindlichen Bewohner ermordeten: 19 Personen, hiervon 6 Polen und 13 Masuren“.<sup>66</sup> Ein anderes Mal wurde gemeldet, dass am 28. Oktober 1945 in Bartoszyce ein betrunkenen sowjetischer Offizier umhergerast sei und mit einer Pistole den Leuten auf der Straße und in Geschäften gedroht habe.<sup>67</sup> Am 26.11.1945 „griff in Szczytno eine Truppe von Rotarmisten, aus etwa 18 Soldaten bestehend, eine durchmarschierende Kolonne von polnischen Soldaten an. Ein polnischer Offizier wurde erschossen, ein Soldat verletzt. Auf der Seite der Roten Armee fiel auch ein Soldat. Die Ursache des Zwischenfalls war, dass die Rotarmisten betrunken waren.“<sup>68</sup> Zu einem schwerwiegendem Vorfall kam es auch am 07. März 1946 am Bahnhof in Korsze, wo augenscheinlich betrunkene sowjetische Soldaten einen Zug unter Beschuss nahmen. Als Folge davon wurden fünf Reisende verletzt.<sup>69</sup> Betrunkene Rotarmisten provozierten auch eine Schießerei am 15. Januar 1946 in der Nähe des Bahnhofs von Ostróda. „Es fielen damals 5 sowjetische Soldaten, 1 Eisenbahnwärter und ein Korporal der polnischen Armee.“<sup>70</sup> Einen tragischen Ausgang nahm ein Tanzabend in Bisztynek (ehem. Bischofstein) am 04. Februar 1946, wo es zu einer Schießerei zwischen Soldaten der Roten Armee und der Volksmiliz kam. „Ein Angreifer wurde getötet, ein anderer verletzt. Die Konsequenz hiervon war, dass am gleichen Tag die Rotarmisten den örtlichen Volksmilizposten entwaffnet und beraubt sowie einen Milizionär verhaftet und in unbekannte Richtung verschleppt haben.“<sup>71</sup> Die Lage im Städtchen war dermaßen gespannt, dass der Starost von Reszel, Stanisław

<sup>65</sup> AP Olsztyn, UW, Sign. 391/288, Schreiben des Kreisstarosten in Kętrzyn, Stefan Nawrocki, an das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete vom März 1946.

<sup>66</sup> Warmiacy i Mazurzy w PRL (wie Anm. 7), Dok. 6, S. 9-13.

<sup>67</sup> AIPN Bi, Sign. 106/8, Dekadenmeldung des Kreiskommandanten der Volksmiliz in Bartoszyce vom 03.11.1945.

<sup>68</sup> AIPN Bi, Sign. 084/436/1, Meldung des Leiters des PUBP in Szczytno vom 28.11.1945.

<sup>69</sup> AP Olsztyn, UW, Sign. 391/288, Meldung des Kreisstarosten in Kętrzyn, Stefan Nawrocki, an das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete vom März 1946.

<sup>70</sup> AP Olsztyn, Kreisstarostei in Ostróda, Sign. 914/6, Schreiben des Leiters des PUBP, Leutnant Stanisław Siwy, an den Kreisstarosten in Ostróda vom 31.01.1946; vgl. AIPN Bi, Sign. 35/894, Bericht des Leiters der 1. Sektion der Wojewodchaftskommandantur der Volksmiliz in Olsztyn vom 18.01.1946.

<sup>71</sup> AP Olsztyn UPR, Sign. 390/76, Schreiben des Starosten von Reszel, Stanisław Watras, Februar 1946.

Watras, mitteilte, „die Stadt steht unter Terror“, und um Beistand bat.<sup>72</sup> Der Starost von Szczytno, Walter Póžny, schilderte die Stimmung folgendermaßen: „Die Haltung der Bevölkerung gegenüber der Roten Armee ist ungünstig, weil die Soldaten immer wieder Diebstähle, Raubüberfälle, Misshandlungen und Vergewaltigungen von Frauen und sogar Kindern begehen.“<sup>73</sup> In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass sich infolge massenhafter Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten venerische Krankheiten unter der Zivilbevölkerung verbreiteten.

Um die durch die sowjetischen Militärs verursachten materiellen Verluste einschätzen zu können, wandte sich das Amt des Regierungsbevollmächtigten für den Masurischen Bezirk an alle Starosten mit der Bitte, ein Verzeichnis von Objekten, Anlagen und Immobilien im Bezirk, die durch Truppen der Roten Armee zerstört oder weggebracht worden waren, sowie der Höhe der dafür geforderten Entschädigung zu erstellen. Aus der Analyse dieser Dokumente geht hervor, dass von 1945-1946 im Gebiet der fünf Kreise Kętrzyn, Lidzbark Warmiński, Pisz, Nidzica und Reszel durch die sowjetischen Streitkräfte Verluste angerichtet wurden, die sich nach Angaben der Kreisbehörde auf die gewaltige Summe von 320 403 498 Złoty beliefen.<sup>74</sup> Es ist aber auch anzumerken, dass eine präzise Bestimmung der Zahlen heute unmöglich scheint. Als sicher kann gelten, dass die Bevölkerung aus Furcht vor weiteren unangenehmen Konsequenzen derartige Gewalt- und Raubtaten durch die Sowjetsoldaten vielfach nicht bei den polnischen Behörden gemeldet hat. Es ist dabei hervorzuheben, dass nach den vorliegenden Quellen sowohl die polnische als auch die deutsche Zivilbevölkerung von den Verbrechen der Rotarmisten betroffen war. Zu einem Ende kamen diese Straftaten erst nach dem endgültigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Lichte der erhaltenen Quellen wie auch der bisherigen Untersuchungen zu diesem Thema die Vergewaltigungen und die übrigen Verbrechen der sowjetischen Soldaten der Jahre 1945/46 sich destabilisierend sowohl auf den Ablauf der Neubesiedlungsaktion als auch auf die Sicherheitslage im ehemaligen Ostpreußen ausgewirkt haben. Raubüberfälle und andere Verbrechen haben den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieser Region in der frühen Nachkriegszeit wesentlich verlangsamt.

<sup>72</sup> Ebenda.

<sup>73</sup> Warmiacy i Mazurzy w PRL (wie Anm. 7), Dok. 51, S. 72 f.

<sup>74</sup> AP Olszyn, UPR, Sign. 390/238, Bericht des Leiters des Referats für Wiederaufbau bei der Kreisstaroste in Lidzbark Warmiński vom 27.05.1946; Verzeichnis von Objekten, Anlagen und Immobilien, die im Kreis Pisz von der Roten Armee zerstört oder beraubt wurden; Schreiben des Leiters der Kreisabteilung für Wiederaufbau bei der Kreisstaroste in Nidzica vom 22.06.1946.